

Mehr Spitzenfrauen für das Gesundheitswesen

Unsere Forderungen an die nächste Bundesregierung

Berlin, 9. September 2021

1. Gleichberechtigung endlich umsetzen!

Wir fordern, dass die seit mehr als 70 Jahren im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Männern und Frauen endlich umgesetzt wird. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. **Das Gesundheitssystem als Ganzes wird davon profitieren, weil Entscheidungen auf breiterer Basis getroffen werden.** Eine geschlechtersensible Sicht führt zur Verbesserung der Versorgung bei allen Geschlechtern und fördert Arbeitsbedingungen, die Karrierechancen für alle eröffnen. Versteckte und offene Diskriminierungen aufgrund von Geschlechterstereotypen, männlich geprägten Anforderungsprofilen und potenzieller oder realer Elternschaft werden eher wahrgenommen und abgebaut.

2. Gestaltung des Gesundheitswesens geht nur paritätisch

Soll sich für das Gesundheitswesen etwas in diese Richtung ändern, **müssen mehr Frauen mitplanen und mitentscheiden.** In Vorständen, auf der hauptamtlichen Führungsebene und in den Aufsichtsorganen der Körperschaften und Organisationen der Selbstverwaltung auf Bundes- und Landesebene müssen deutlich mehr Frauen mitreden. Für alle Organisationen, die im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung Leistungen erbringen, gesetzlich definierte Aufgaben übernehmen oder an der Gestaltung des medizinischen und pflegerischen Leistungsangebots mitwirken, muss die **paritätische Besetzung** der Führungsebene zukünftig obligatorisch werden.

3. Frauenanteil als Qualitäts- und Erfolgskriterium nutzen und einsetzen

Wir fordern für das Gesundheitswesen die **Veröffentlichung des Frauenanteils** in den ersten beiden Führungsebenen an prominenter Stelle auf den Internetseiten der Unternehmen oder Institutionen. Die Steigerung des Frauenanteils

soll Kriterium erfolgsabhängiger Vergütungsbestandteile des Managements werden. Akteur*innen, die keine derartige Entwicklung vorweisen können, sollen perspektivisch von der Partizipation an öffentlichen Förderungen ausgeschlossen werden.

4. Transparenz und Zielvorgaben für Bewerbungsverfahren

Findungskommissionen und sonstige Personalbesetzungsgremien müssen paritätisch besetzt sein. Nach Abschluss von Besetzungsverfahren gilt eine unternehmensinterne Berichts- und Dokumentationspflicht über die Zahl der männlichen und weiblichen Bewerber*innen.

5. Staatliche Förderung muss gemeinsame Sorgearbeit begünstigen

Wir fordern, dass **nur** gemeinsame und geteilte Verantwortung für Sorgearbeit sowohl durch Transferzahlungen als auch durch steuerliche Vergünstigungen gefördert werden, zum Beispiel beim Ehegattensplitting und beim Elterngeld.

6. Recht auf familienfreundliche und standardmäßig reduzierte Arbeitszeiten sowie Rückkehr in Vollzeit

Wir fordern Arbeitszeitmodelle, die es allen Geschlechtern gleichermaßen ermöglichen, ihren Teil der Sorge- oder Pflegearbeit zu übernehmen, ohne Nachteile zu erleiden. Das Angebot von arbeitszeitreduzierten Führungspositionen muss gefördert werden (z.B. Führungstandems). Nach einer Familienphase muss in größeren Unternehmen und Institutionen ein Rückkehrrecht in Vollzeit geschaffen werden.

7. Weiterer Ausbau verlässlicher Kinderbetreuung und Pflege ist ein Muss

Die Corona-Pandemie hat nochmals gezeigt, dass Kapazitäten und Angebote in der Kinderbetreuung, in Bildungseinrichtungen und in der Pflege nicht krisenfest sind. Diese Aufgaben müssen oberste Priorität haben.

8. Gendermedizin als Standard für Forschung, Lehre und Versorgung

Wir fordern, dass die **Gendermedizin** zum verpflichtenden Bestandteil der Curricula wird. Klinische Studien, Leitlinien und **Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses** müssen zukünftig gendermedizinische Aspekte berücksichtigen.

Die **Spitzenfrauen Gesundheit** sind ein gemeinnütziger Verein, der berufs- und spartenübergreifend für eine bessere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen eintritt. Kontakt: www.spitzenfrauengesundheit.de.